

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/44. Jahrgang

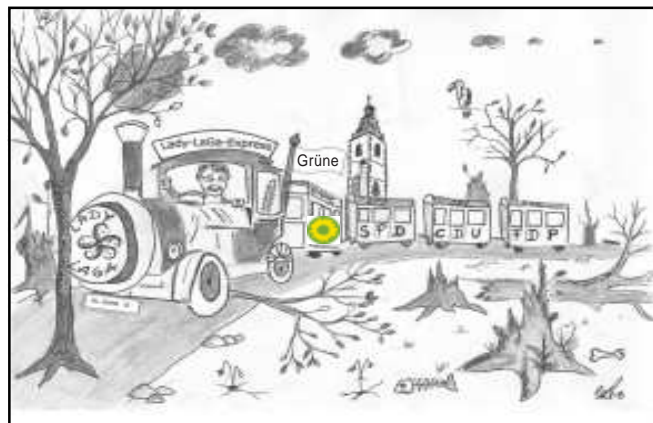
Mai 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

Alles wird vernachlässigt - nur die LaGa nicht

Zwar ist die akute Schließung der Kongreßhalle wegen mangelhaftem

Brandschutz vom Tisch, die weitere Zukunft aber ungewiß. Rund 5 Mio.€



müßten bis 2016 für notwendige Sanierung bzw. Renovierung aufgebracht werden. Und es muß gespart werden. Zuerst Mal wurde von der Uni für ihr Semesterabschlußkonzert Miete kassiert. Auch diese freiwillige Leistung fiel dem „Schutzschirm“

zum Opfer. Da ist kein Betrag zu popelig. Mieter der Räume müssen nun sogar für den Strom bezahlen, wenn sie eigene elektrische Geräte (Beamer...) benutzen. Das kostet 13.50 € extra. Das Restaurant schließt Ende Juni, ein neuer Pächter ist nicht in Sicht; Ende August übernimmt Catering Bill (der auch das „Wiesn-Fest“ organisiert) die Bewirtung bei Veranstaltungen. Auch
(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

Bosch(Buderus)/17. Juni 1953	S.2
LaGa/Kifög/Irmer/Urteil Weil	S.3
HartzIV-Sanktionen/Rentenkürzung	S.4
Ohne Streik geht nichts mehr	S.5
2.Mai 1933/DKP-Mai-Veranstaltung	S.6
Europäische Krise/Eritrea	S.7
Termine	S.8

Der 1. Mai in Gießen



Wieder beteiligten sich insgesamt etwa 500 Menschen an der DGB-Demonstration und Kundgebung zum 1. Mai, obwohl viele vor allem junge Gewerkschafter nach Frankfurt gefahren waren, um das Auftreten der Nazis zu verhindern – was auch gelungen ist. Im Mittelpunkt der Reden standen die laufen-



den Tarfkämpfe (Foto: Helmut Appel für den Einzelhandel), aber auch die



Internationale Solidarität sowie der Antifaschismus. So wurde in der Schanzenstrasse, wo früher das Gewerkschaftshaus stand, der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Faschisten vor 80 Jahren gedacht.



Für Frieden und Sozialismus!



Solidarität mit den Kollegen von Bosch (Buderus)/Lollar!

Nicht nur um die berechtigte Forderung nach 5,5% mehr Lohn ging es am 2. Mai in Lollar beim Warnstreik der Beschäftigten von Bosch (Buderus). Es ging auch um den Erhalt der Arbeitsplätze, nachdem die Werksleitung Massenentlassungen angekündigt hatte. Von bis zu 400 Stellen war die Rede, die in Lollar, Eibelshausen, Arnstadt und Neunkirchen abgebaut werden sollen. Jetzt wird zurückgerudert, im Bereich der Gießerei sind noch immer 120 Arbeitsplätze gefährdet. Bereits im März hatten die Kolleginnen und Kollegen mit Kampfmaßnahmen deutlich gemacht, daß sie sich zu wehren wissen. Unsere Solidarität gilt den Bosch-Beschäftigten, denen wir viel Erfolg wünschen!



1. Foto: 2. Mai in Lollar; die Demonstration ging vom Werkstor zum Festplatz am Bürgerhaus, wo eine kämpferische Kundgebung stattfand.

2. Foto: Betriebsratsvorsitzender Bastian auf der Betriebsversammlung vom März, die ins Freie verlegt worden war, nachdem die Geschäftsleitung sich geweigert hatte, die Kollegen aus Neunkirchen, die extra angereist waren, ins Werk zu lassen.

Vor 60 Jahren - was war los am 17. Juni 1953

1953 proklamierten die Westmächte offen ihre Politik, dem sozialistischen Aufbau in der DDR ein Ende zu bereiten. Der kalte Krieg war in vollem

forderte von der DDR, ihre Verteidigungskräfte stärker als vorgesehen aufzubauen. So wurden verschiedene Sparmaßnahmen bei Verwaltung,

Kultur, Medizin usw. eingeführt, gleichzeitig wurden die Normen für die Arbeiter erhöht. Es war eine schwere Aufgabe, der Bevölkerung diese Maßnahmen ausreichend zu erklären, zumal das eigens dafür gesponserte „Schlaraffenland“ BRD direkt vor der Nase war.

faschistische Kräfte innerhalb der DDR nutzten diese Situation um einen „Arbeitieraufstand“ anzuzetteln. Viele Demonstrationen wurden von bezahlten und als Arbeiter verkleideten Westagenten mit Hetzlosungen aufgewiegelt. Der Auftrag war, Brände zu legen, Läden zu plündern und Volkspolizisten zu ermorden. Nur durch das schnelle Eingreifen von Sowjettruppen konnte dieser erste Versuch einer imperialistischen Übernahme der DDR relativ friedlich beendet werden.

Sabine Albrecht



Gänge und in Korea schon zum heißen Krieg übergegangen.

Die DDR hatte acht Jahre nach Kriegsende die Folgen der faschistischen Diktatur und des Krieges noch nicht überwunden und trug die Last der Reparationsleistungen an die Sowjetunion allein.

Die BRD wurde dagegen seit 1950 von den Westmächten als „Bollwerk gegen den Kommunismus“ beim Wiederaufbau massiv unterstützt, die Entnazifizierung der deutschen Industrie schnell beendet. Der Beginn der Aufrüstung der BRD, ihre Einbeziehung in das westliche Bündnissystem, er-

Nach monatelangen Diskussionen zur Verteidigung der Parteilinie wurde am 9. Juni 1953 im Neuen Deutschland das „Kommunique des Politbüros des Zentralkomitees der SED“ auf Anweisung der Sowjetunion veröffentlicht, wo diese Maßnahmen mehr oder weniger als Fehler bezeichnet und zum Teil zurückgenommen wurden. Das löste große Verwirrung, Verbitterung und ernste Zweifel aus und verstärkte den Unmut. Es kam zu Streiks und Demonstrationen.

Westagenten, die Evangelische Kirche in der DDR, der Berliner Radiosender RIAS, antisozialistische und

(Fortsetzung von Seite 1)

... nur die LaGa nicht

die weitere Geschäftsführung der Stadthallen GmbH ist ungeklärt, wenn der bisherige Leiter im Herbst ausscheidet. Die Kongreßhalle ist beileibe nicht das einzige „Sorgenkind“:

Der Zustand der Adenauerbrücke, auf der schon seit langem kein Schwerkverkehr über 7,5 t fahren darf, wird immer bedenklicher; es droht die komplette Schließung. Und die denkmalgeschützte Sandsteintreppe am Bahnhof gammelt weiter vor sich hin. Aber für die Landesgartenschau ist kein Euro zuviel – und seien es 500.000 € für die unsinnige Zuschüttung der Ostanlagen-Unterführung. E. Beltz

Drama LaGa – ein Trümmerhaufen

Nachdem das groß angekündigte Spektakel schon um Schlachthof und um die Einbeziehung der Lahn gekappt wurde, wird jetzt auch der dritte Korridor an Wieseck zu den Akten gelegt. Nun könnte man sich freuen, denn umso weniger gegen den Willen eines großen Teils der Bürger gebaut und verschandelt wird, um so billiger könnte das Projekt werden. Doch da lassen die Verantwortlichen keine Hoffnung aufkommen. Das Ziel, die Verschuldung unserer Stadt steigen zu lassen, wird nicht aus dem Auge verloren.

Die Zahl der Menschen, die sich gegen die LaGa aussprechen, nimmt zu. Dies wurde durch zwei Befragungen des Gießener Anzeigers festgestellt.

Und täglich kann man bei einem Rundgang durch die Stadt kritische Stimmen hören. Gefällte Bäume, zerstör-

te Vogelbrutstätten und das Baustellen-Chaos ab Ringallee erzeugen Ärger und Wut. Und die tröstliche Behauptung, überwiegend seien heimische Firmen zu den Arbeiten herangezogen, ist lächerlich. Wer mit den Arbeitern spricht, hört oftmals sächsischen oder thüringischen Dialekt und erfährt von Subunternehmen.

Inzwischen liegen Anzeigen und Dienstaufsichtbeschwerden Gießener Bürger beim Regierungspräsidenten vor. Für die BI ist es von Interesse, dass Menschen, die in dieser oder anderer Weise gegen das kostenintensive Spektakel Einwendungen erheben, sich melden.

Für Samstag den 11. Mai hat die BI "Stoppt diese Landesgartenschau" einen Info-Stand im Seltersweg zwischen Plockstraße und Maigasse angemeldet. Beim letzten Treffen der



Fast die ganze Echo-Redaktion war am Infostand der DKP im April vertreten; von links: Sabine, Henning, Erika, Michael, Gernot

Die Hetze Irmers ging daneben

Ende April sprach der Wetzlarer CDU-Rechtsaußen und Lehrer Irmmer, MdL, bei der Vertriebenen-Union in Gießen und bezeichnete die Gesamtschulen als „pädagogisches Verbrechen an Kindern“. Da hagelte es natürlich Protest, vor allem aus der Gesamtschule Gießen Ost, in der seit Jahrzehnten ein angesehener, erfolgreicher Unterricht stattfindet; das spiegelt sich auch in den zahlreichen Anmeldungen (die nicht alle angenommen werden können) wider. Und siehe da: Irmmer „korrigierte“ sich: Er habe nicht die „Gesamtschule“, sondern die „Einheitsschule“ gemeint; damit zielte er natürlich auf das Bildungswesen der DDR, in der alle Kinder/Jugendliche von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet wurden. Dieses Schulsystem war international anerkannt, was Irmmer in seinem verblendeten Weltbild nicht sehen will. Und genau dieses Bildungssystem gibt es auch heute – international anerkannt – in Finnland, mit besten Ergebnissen.

Kifög entschärft

Der Protest von tausenden Eltern, Erzieherinnen und Erziehern war – teilweise – erfolgreich. Zumindest in einem Punkt wurde das geplante „Kinderförderungsgesetz“ revidiert; es bleibt dabei: nur ausgebildete Fachkräfte sollen in den Einrichtungen beschäftigt werden und nicht irgendwelche Laien. Aber Murks bleibt Murks – und auch die weiteren Verschlechterungen bzgl. Gruppengrößen und finanzieller Absicherung müssen verschwinden.

BI wurde beschlossen, eine Dokumentation und Fotografien vorzulegen, um mit interessierten Menschen ins Gespräch zu kommen. An einer (Überraschungs)-Befragung kann jeder teilnehmen. Der übernächste Info-Stand ist am Samstag, dem 1. Juni.

Arbeitsgericht entschied gegen Busfahrer Volker Weil

Die Entfristungsklage von Busfahrer V. Weil vor dem Gießener Arbeitsgericht wurde verloren. Das Gericht folgte den Gründen von MitBus mit angeblichen Verfehlungen. Der angebotenen Vergleich wurde von V. Weil abgelehnt. Damit endete das Arbeitsverhältnis am 30. 11. 2012 nach zweijähriger Befristung.

Wir Kommunisten bleiben dabei: Weg mit der gesetzlichen Möglichkeit, Arbeitsverträge zu befristen. H.A.



Hartz IV-Sanktionen: der Willkür Tür und Tor geöffnet

Studien haben ergeben, daß Hartz IV Empfänger eher sterben, öfter unter chronischen Krankheiten leiden und die Zahl der Depressionen und Suchterkrankungen steigt. Da kann es dann passieren, daß man einen Termin beim Jobcenter verpaßt oder eine Krankmeldung verspätet vorlegt. Hartz IV gibt vor, das Existenzminimum für ein menschenwürdiges Leben darstellen und reicht kaum zur Sicherung der physischen Existenz, von der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen Leben ganz zu schweigen.

Menschen stehen gedemütigt bei den Tafeln um Lebensmittel Schlange, die WHO stellte fest, jedes 3. Kind geht ohne Frühstück zur Schule. Zusätzlich ist die Zahl der Sanktionen bundesweit auf 1,024 Mio. im Jahr gestiegen, allein im Kreis Gießen auf 6531. Die durchschnittliche Kürzung beträgt 109,31 Euro/Monat. Um die Zahl der Sanktionen auch für nächstes Jahr zu steigern, hat die Jagd auf kranke Hartz-IV-Empfänger begonnen. Die Jobcenter sind angewiesen, den Medizinischen Dienst

einzuschalten, wenn Arbeitslose am Anfang der Woche bzw. Ende der Woche öfter Krankmeldungen bringen, oder wenn ein Arzt für häufige Krankschreibungen bekannt ist. Der Willkür sind damit Tür und Tor geöffnet. Sanktionen sind ein alltägliches Disziplinierungsinstrument der herrschenden Klasse gegen Arbeitslose und gleichzeitig eine Warnung an alle Niedriglohneempfänger, Leiharbeiter, befristete Beschäftigte, sich ja zu jedem Lohn für jede Arbeit zur Verfügung zu stellen und nicht aufzugeben.

Die Politik der Ausgrenzung bis hin zum Tod hat einen machtstabilisierenden Effekt. Durch Verunsicherung wird Anpassungsbereitschaft erzeugt. Die Menschen aus ihrer Isolation zum gemeinsamen Widerstand und dem Wiedererleben eigener Einflußnahme zu motivieren, halte ich für eine wichtige Aufgabe unserer Partei und der Gewerkschaften. Handlungsbedarf besteht dringend, denn die faschistischen Rattenfänger sind wieder unterwegs. Sabine Albrecht



UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Woche für Woche antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name: _____

Vorname: _____

Telefon: _____ Alter: _____

Straße: _____

PLZ / Ort: _____

Corien Press Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 88 484 • www.unsere-zeit.de

Renten Kürzung beschlossen

Das Bundesarbeitsministerium hat die Renten Kürzung für die 16 Millionen Rentnerinnen und Rentner in den alten Bundesländern beschlossen. Bei einer Inflation von rund 2% werden die Renten um 0,25 % erhöht, das macht also eine Kürzung von etwa 1,75% aus. Während immer mehr das Thema Altersarmut eine Rolle spielt, wird in der Praxis genau diese Altersarmut vorangetrieben. Die Rentenversicherungsbeiträge werden gekürzt, also wird auch die Rente niedriger. Profitieren davon kann nur das Kapital oder die Unternehmenseite, die tatsächlich entlastet wird. Aber besser noch, trotz der immer mehr verwirrenden Rentendiskussion, Riester, Einstiegsalter und Berechnungsfaktoren usw. bleibt übrig: die private Vorsorge. Und wer profitiert hiervon? Genau die Seite, die schon durch die zu niedrigen Rentenversicherungsbeiträge entlastet wird, nämlich das Kapital. Denn schließlich ist viel Geld mit der privaten Vorsorge zu verdienen; und dies war ja auch das Ziel bei der Zerschlagung der gesetzlichen Rentenversicherung. Und wer die private Vorsorge nicht zahlen kann, wegen Niedriglöhnen und/oder geringfügiger Beschäftigung oder anderem mehr: Der sucht sich dann als Rentner einen Job oder Nebenjob und darf arbeiten bis er ins Gras beißt. Es ist ja bereits die Rente mit 69 im Gespräch. Das ist die kommende Situation, als Ergebnis des Klassenkampf von oben um die Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Vermögens. Rosa Luxemburg hat gesagt: Sozialismus oder Barbarei; im Moment sieht es sehr nach Barbarei aus. H.R.

Tarifikampf im Einzelhandel

Die Unternehmer blasen zum Generalangriff. Mit der Kündigung des Manteltarifs wollen sie erkämpfte Standards aufheben:

- 37,5-Stunden-Woche
- 6 Wochen Urlaub
- Zuschläge für Überstunden (25% pro Stunde)
- Zuschläge für Spätöffnungsarbeit ab 18.30 Uhr (20% je Stunde)
- Zuschläge für Nacharbeit ab 19 Uhr (55% pro Stunde)

Das betrifft sowohl die in Voll- und Teilzeit als auch die sog. „geringfügig“ (450-Euro-Job) Beschäftigten. Denn alle hatten bisher einen Rechtsanspruch auf diese tariflichen Leistungen – vorausgesetzt, sie sind Mitglied bei verdi

Eintrittswelle durch Einzelhandelsbeschäftigte bei verdi!

Nachdem die Unternehmerverbände fast alle Tarifverträge im Einzelhandel gekündigt hatten, haben sich bis zum 30.04.2013 viele Kolleginnen und Kollegen bei verdi angemeldet. Denn wer bis zum 30.04.2013 verdi-Mitglied ist, hat Anspruch auf die Nachwirkung der Tarifverträge.

Tarifrunden: Ohne Streik geht nichts mehr

„Wir haben euch alles erhöht: die Preise, die Mieten, die Gebühren, die Steuern – aber jetzt auch noch die Löhne? Das ginge zu weit!“ –

Fast 40 Jahre alt ist dieser Text der einstmals bekannten Gruppe „Floh de Cologne“, mit dem sie die Aussagen von Unternehmern und deren Freunde in der Politik charakterisierten. Geändert hat sich seither nichts, nach dem Ende der sozialistischen Staaten ist es noch viel schlimmer geworden. Ob beim hiesigen Uni-Klinikum, bei der Post, der Lufthansa, im Einzelhandel oder der Metallindustrie –

überall sind Warnstreiks nötig damit die Unternehmer wenigstens ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen. Die Forderungen der Gewerkschaften liegen in diesem Jahr zwischen 5 und 6% Lohnerhöhungen, auf andere denkbare berechnete Ziele wie Ar-

beitszeitverkürzungen wird verzichtet. Angesichts der Inflationsrate, des Zuwachses an Produktivität und des seit Jahren bestehenden Reallohnverlustes ist diese Forderungen be-



scheiden. Die Streikbereitschaft der Beschäftigten ist hoch. Überall, wo Warnstreiks angesetzt werden, gehen Tausende Betroffene auf die Straße, auch wenn die Unternehmer mit Sanktionen drohen. Trotz dieser offensichtlichen Kampfbereitschaft sind die bisher erzielten Abschlüsse eher

mager. Fast überall wurde gleich für 2 Jahre abgeschlossen, pro Jahr liegen die Erhöhungen bei 2% oder sogar darunter. Beim Uniklinikum des Rhön-

Konzernes zum Beispiel gibt es in diesem Jahr unterschiedliche Festbeträge, in den Gehaltstabellen wirksame Erhöhungen von ca. 2% erst ab 2014. Das ist wieder mal kaum ein Inflationsausgleich. Die Lohnstückkosten in Deutschland werden auch in diesem Jahr wieder hinter der Entwicklung in vergleichbaren Industrieländern zurückbleiben. Eine Wende wäre nur möglich, wenn den Warnstreiks auch Erzwingungstreiks folgen würden – eine entsprechende kämpferische Tarifpolitik muß aber in den Gewerkschaften erst durchgesetzt werden. Gernot Linhart



Diesen Button gibt es bei verdi

Es gibt viele Arten zu töten.

Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen,
einem das Brot entziehen,
einen von einer Krankheit nicht heilen,
einen in eine schlechte Wohnung stecken,
einen durch Arbeit zu Tode schinden,
einen zum Suizid treiben,
einen in den Krieg führen usw.

Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.

Bert Brecht

Wieder DGB die Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 darstellt

Des 80. Jahrestages der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis wurde vielfach gedacht, auch mit einer Ausstellung der DGB-Jugend, die im März in Gießen zu sehen war.

Deren Inhalte stellen allerdings bei genauem Hinsehen die historischen Abläufe sehr ungenau dar. Zwar wird die opportunistische Haltung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), der die Faschisten gewähren ließ, scharf kritisiert, aber historische Fakten wie auch insbesondere die Rolle der KPD sind nicht korrekt dargestellt.

Bei den Wahlergebnissen vor 1933 werden SPD und KPD (die annähernd gleich stark waren) nicht unterschieden, sondern zu einem „sozialistischen Lager“ zusammengefaßt.

Daß SPD und ADGB im Mai 1932 aufriefen, den reaktionären Hindenburg zum Reichspräsidenten zu wählen, der die Machtübertragung an die Faschisten vorbereiten half, wird nicht

erwähnt. Ebenso wenig wie die Tatsache, daß genau davor die KPD gewarnt hatte mit der Losung: „*Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!*“

Unmittelbar nach dem 30.1.33 drängte die KPD nachdrücklich auf einen Generalstreik zur Verhinderung der faschistischen Diktatur. Auch das blieb in der Ausstellung unerwähnt. SPD und Gewerkschaften lehnten ab; stattdessen rief der ADGB zu „kühlem Blut“ und „Besonnenheit“ auf.

Entgegen jeder seriösen Geschichtsschreibung heißt es über den Reichstagsbrand vom 27.2.33, er sei „von einem vermutlich linksstehenden Einzeltäter gelegt worden“. Zwar werden heute noch Zweifel geäußert; für die Täterschaft der Faschisten spricht nicht nur die unmittelbar danach einsetzende Repression: Mehr als 10.000 Antifaschisten, meist Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten, wurden sofort verhaftet und vielfach gefoltert.

Auch über die Rolle des deutschen Großkapitals, das mit Millionen Reichsmark die Faschisten unterstützte und an die Macht gebracht hatte, werden beschwichtigende Worte gefunden: ihre finanzielle „zeitweilige Unterstützung... sollte nicht zu dem Schluß verleiten, Hitler sei nur ein Strohhalm... der ‚Kapitalisten‘ gewesen“.

Nein, das war er nicht, es war eine Symbiose zum gegenseitigen Vorteil bei den Zielen der brutalen Zerschlagung der Arbeiterbewegung, der Eroberung des Lebensraumes im Osten und der Versklavung der Völker.

Um den nicht nur in der BRD sondern in Europa wieder erstarkenden Faschismus erfolgreich zu bekämpfen, ist es notwendig, diese Fakten zu kennen und zu beherzigen.

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg! Das war lange Zeit Konsens. Seit 1999 führt Deutschland wieder Kriege...

Erika Beltz

Patrik Köbele in Gießen

Der neue Parteivorsitzende als Mai-Redner bei der DKP

„*Wer von der Krise sprechen will, darf vom Kapitalismus nicht schweigen*“ erklärte der im März neu gewählte Parteivorsitzende der DKP, Patrik Köbele, auf der Veranstaltung der Giesener DKP zum 1. Mai im vollbesetzten Café Amélie im DGB-Haus. Wohin führt der Kapitalismus? Die Antwort ist einfach: Zur Verelendung der Massen, zu Erwerbslosigkeit, zu Armut, zu unzureichenden Renten im Alter. Unbefristete Arbeitsplätze nehmen zu, ein Großteil der Jugend leidet darunter und insgesamt unter einer fehlenden Perspektive. Dass der Kapitalismus über Leichen geht, wie einst Karl Marx formulierte, zeige sich gerade am Einsturz der Textilfabrik in Bangladesch.

Köbele wandte sich gegen Illusionen, die Probleme von Armut und Krieg (Agenda 2010) im Rahmen kapitalis-

tischer Herrschaft lösen zu können. Reformen, wie sie die Partei die Linke fordere, seien oftmals richtig und würden von den Kommunisten mitgetragen, führten aber letzten Endes zu keiner grundlegenden Veränderung. Nur die Überwindung des nach Profitmaximierung strebenden kapitalistischen Systems könne die Voraussetzungen schaffen, die Interessen der Menschen wahrzunehmen.



Zu Beginn hatte Köbele darauf verwiesen, dass ein Vorsitzender alles ändern könne, „*wir sind keine Stellvertreter, werdet selbst aktiv!*“

Helmuth Appel, der die Versammlung mit dem Aufruf, am Mittwoch die DGB-Kundgebung aufzusuchen, begrüßt hatte, verabschiedete den Redner und die Gruppe „Shake Hands“ nach deren Auftritt.

Michael Beltz

Die Tageszeitung
junge Welt
drei Wochen
probelesen!
www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55 50
Das Probeabo ist kostenlos und endet automatisch.

Leserbrief

Staatlich bestellter Mord

Am 6. April jährte sich der 45. Jahrestag der heimtückischen Ermordung des Bürgerrechtlers und Friedensfreundes Martin Luther King. Er wurde verfolgt und ermordet von Verschwörern zu denen insbesondere Behörden der US-Regierung und die Mafia zählten wie 1999 ein US-Gericht in einem Zivilprozess feststellte. Der Hauptgrund: sein Engagement gegen der US-Völkermord in Vietnam! So sollte es auch zig Mal Fidel Castro widerfahren. Kerstin Lade

Europäische Krise - wer raubt wen aus?

Auch in Gesprächen mit ehrlichen politischen Linken kann man hören: „Wir Deutsche zahlen für ganz Europa, für Griechenland, Zypern, Italien, Spanien, Portugal“ - wohl auch bald Slowenien kann man hinzufügen. „Wir Deutsche“? „Für die Griechen“? Wie anders sahen Sozialdemokraten die Welt, als noch klassenbewusste Arbeiterführer an ihrer Spitze standen. Schließlich werden wir ja von der Gießener SPD-Führung im selbst verordneten Jubiläumsjahr der Partei (Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle 1863) darüber belehrt, dass an Lahn und Dill die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung stand. Wilhelm Liebknecht wurde in Gießen geboren, August Bebel verbrachte Kindheit und Jugend in Wetzlar. Deutschland und Griechenland bestehen auch heute, wie gerade in der Krise schlaglichtartig deutlich wird, aus, grob gesagt, zwei Klassen, den Arbeitenden und den Kapitalisten, letztere Konzerne und Großbanken. Der Euro wurde nicht eingeführt, damit der Arbeiter

ohne Geldumtausch in Urlaub fahren kann. Das ist ein erfreuliches Abfallprodukt für den, der sich den Urlaub leisten kann. Die deutsche Exportindustrie benötigt einen großen europäischen Absatzmarkt für ihre Produkte. Sie wollte den Verzicht auf das spekulative Beschaffen von Fremd-

Und die arbeitenden Menschen, wie sieht deren EU-Bilanz aus? Wir befinden uns im fünften Jahr der Krise in Europa. Auch bei uns ist nicht alles Gold: Stagnierende Löhne, sinkende Renten, miese Jobs. Die Menschen im Süden Europas versinken in einer tiefen Depression: Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Armut. Rekord-Schulden, Kürzungen bei den Sozialleistungen. Die Arbeitslosigkeit stieg im Euro-Raum auf offizielle 12% - so viele Arbeitslose gab es noch nie. Die Jugend versinkt in Perspektivlosigkeit: jeder vierte Europäer unter 25 Jahren hat keinen Job. In Griechenland und Spanien beträgt die Jugendarbeitslosigkeit fast 60%, in Zypern 32, in Irland 31%. Das alles trifft also nicht die Griechen, sondern diejenigen, die schon die Schwäch-



Heute die Griechen, morgen wir. Europa verarmt seine Bürger. Was tun? Das war das Thema einer Veranstaltung des DGB am 22.4. in der Kongreßhalle. - Das Streikrecht in Griechenland aufgehoben. Wer streikt, wird inhaftiert. Kinder werden zur Selbsttötung aus Verzweiflung getrieben. Diese Tatsachen und weitere Grausamkeiten wusste der Schauspieler Rolf Becker (rechts im Bild, am Pult: Ulrike Eifler, DGB) während der Veranstaltung zu berichten.

währungen bei Auslandsgeschäften. Sie wusste, dass sie in der EU-Politik kraft ihrer wirtschaftlichen Stärke den Ton angeben würde. Den großen Finanzinstituten ist versichert, dass sie als „systemrelevant“ vom Staat gerettet werden, wenn sie sich verzocken. Die Banken verlieren in der Krise nichts, sondern versorgen sich mit billigem Geld bei der Europäischen Zentralbank und kassieren für ihre Darlehen gute Zinsen.

ten der Gesellschaft sind. Und diese fühlen sich zu recht als „Laborratten“ für ganz Europa. Arbeiter, Rentner, Studenten, Arbeitslose und Arme auch in Deutschland werden den Sozialabbau noch stärker als bisher zu spüren bekommen. Letztendlich wird die Krise um Deutschland keinen Bogen machen. Spätestens wenn den Nachbarn die finanzielle Luft ausgeht, um die deutschen Exporte aufzusaugen. Klaus Mewes

DKP informierte über Eritrea

Vor etwa 70 Teilnehmern referierte Alfred Mansfeld, der Präsident der österreichisch-eritreischen Gesellschaft, auf Einladung der DKP im Kerkradezimmer der Kongreßhalle. Die geschichtliche Betrachtung dieses ständig von Äthiopien angegriffenen Landes half dabei, die heutige Lage zu verstehen. Ein Land, das erst vor 20 Jahren mit dem Wiederaufbau beginnen konnte, steht vor vielen Problemen. Die Menschen haben viel geleistet für ein funktionierendes Bildungssystem, Gesundheitssystem, Straßenbau oder auch den Aufbau der Wirtschaft.

Ausführlich kann in der online Ausgabe der GZ nachgelesen werden. (<http://www.giessener-zeitung.de/giessen/beitrag/78852/gelungene-info-veranstaltung-der-dkp-zu-eritrea/>) - Dass ein Vertreter der Grünen die Veranstaltung zu stören versuchte, war zu erwarten und nicht einmal so schlecht. Junge Deutsch-Eritreer lernten bestimmt auch daraus. M.B.



r.: Alfred Mansfeld, l.: Michael Beltz, (DKP)

Diskussionsveranstaltung

Sozialer Wohnungsbau in Gießen

am Dienstag, 14. Mai, 20 Uhr., Kerkrade-Zimmer der Kongreßhalle

Michael Neitzel, Geschäftsführer der INWIS, gemeinnütziges Forschungs- und Wissenstransferinstitut im Europäischen Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft

Dietlind Grabe-Bolz, Oberbürgermeisterin und Aufsichtsratsvorsitzende der Wohnbau GmbH

Stefan Kaisers, Vorsitzender des Gießener Mietervereins

Christiane Plonka (Moderation), Kreistagsabgeordnete Die Linke

Veranstalter: Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, Fraktion Die Linke

31. Mai / 1. Juni



ab 27. Mai: Aufbau des Camps,
29. Mai: Eröffnung
Freitag, 31. Mai: Blockade der EZB
Samstag, 1. Juni: Internationale Demonstration
Auftakt 11.00 Uhr am Baseler Platz
Abschluss am Willy-Brandt-Platz
an der Europäischen Zentralbank
(EZB) mit Kundgebung
Infos: <http://blockupy-frankfurt.org/>



Freitag: kubanischer Film
"Zucker und Salz".

Samstag: Diskussionen.

- 17. Juni 1953:

- Erinnerungen aus dem Widerstand (Silvia Gingold)

- Bildung im Sozialismus

- Der Kampf in der KPD gegen und in der Illegalität (Robert Steigerwald)

- Sonst noch: Sport, Spaß...Musik von: Holger Burner, Hip-Hop, Autonomal, Hip-Hop, IHSAN, House

Sonntag: Diskussionen:

- Sparen für das Kapital –

oder kämpfen für unsere Zukunft (Patrik Köbele, Willi van Ooyen)

- Die „Rettung“ Malis und andere Kriegseinsätze (Sepp Aigner)

- Viva Cuba socialista – Machen wir den Kapitalismus zur Geschichte!

- Sonst noch: Sonne, Spaß... und Arbeiterliederabend
Besuch kostenlos!

Drei Übernachtungen auf dem Zeltplatz plus Essen kosten 25 Euro.

Tickets gibt es bei allen SDAJ-Gruppen oder hier: <http://suedcamp.de/>

Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 - 19 Uhr
bei den drei Schwätzern

Wir bitten um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025
Sparkasse Gießen

Redaktionsschluß für das
Juni-Echo: Do., 29.5.13

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de.
Im Internet: www.dkp-giessen.de
Ich möchte:

das Gießener Echo abonnieren
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

Wir feiern Ches Geburtstag

am Freitag, dem 14. Juni, um 19 Uhr,
im Versailles-Zimmer der Kongreßhalle
Referat und Diskssion zum Thema:

Das Sozialistische Kuba nach dem 6. Parteitag

Es spricht ein Vertreter der

Kubanischen Botschaft

Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft
BRD-Kuba

